

## **Soziale Infrastruktur in den Kommunen ausbauen!**

### ***Geringverdiener und Erwerbslose sind in besonderer Weise auf eine leistungsstarke kommunale Infrastruktur angewiesen.***

Geringverdiener, Erwerbslose und andere einkommensschwache Gruppen verfügen nicht über die materiellen Ressourcen, um eine ausreichende Versorgung und Teilhabe über private Güter und Dienstleistungen am Markt zu erwerben. Sie sind im besonderen Maße auf öffentlich bereit gestellte Güter und Dienstleistungen angewiesen: Wem das Geld für das kommerzielle Spaßbad fehlt, ist besonders auf das kommunale Schwimmbad angewiesen, wer keine gut bestückten Bücherregale zuhause hat, besonders auf die öffentliche Leihbücherei und wer sich kein Auto leisten kann, ist besonders auf einen kostengünstigen ÖPNV angewiesen. Die Finanzmisere zwingt die Kommunen heute, Angebote abzubauen und Einrichtungen zu schließen. Eine Trendwende ist erforderlich: Mehr kommunale Einnahmen sind notwendig, um die kommunale Infrastruktur ausbauen zu können.

### ***Statt Gutscheinen und einer Chipkarte für Kinder im Hartz-IV-Bezug müssen die kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden.***

Kinder- und Jugendliche im Hartz-IV-Bezug sollen künftig zusätzliche Leistungen für Bildung und Teilhabe in Form von Gutscheinen und mittelfristig in Form einer Chipkarte mit Wertguthaben bekommen. Die gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen lehnen solche Gutscheine ab, weil sie Eltern im Hartz-IV-Bezug pauschal die Fähigkeit absprechen, gut für ihre Kinder zu sorgen und die Gefahr besteht, dass Hartz-IV-Bezieher auffallen und stigmatisiert werden.

Bezogen auf die kommunale Infrastruktur gilt: Was nützt dem musikalischsten Kind ein Gutschein, wenn es vor Ort keine Musikschule gibt. Oder den Jugendlichen, deren Jugendclub gerade schließen musste, wo ihre Band im Keller proben konnte? Und Förderkurse und Ganztagsbetreuung der Schulen sind allemal besser als Gutscheine, die bei Nachhilfeanbietern eingelöst werden, deren Qualität kein Mensch beurteilen kann. Statt Gutscheinen müssen die kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden, also die soziale Infrastruktur zur Daseinsvorsorge verbessert werden.

Verbesserte kommunale Angebote und Einrichtungen müssen nicht nur Kindern und Jugendlichen in Haushalten im Hartz IV-Bezug, sondern auch in Haushalten mit niedrigem Einkommen über der Hartz IV-Schwelle kostenfrei zugänglich sein.

### ***Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen führt zu einer „Ausgabenkonkurrenz“ und birgt die Gefahr, dass Hartz-IV-Beziehern bedarfsdeckende Leistungen vorenthalten werden.***

Wichtige kommunale Aufgaben der Daseinsvorsorge konkurrieren miteinander, da die Einnahmen der Kommune nicht reichen, um alle notwendigen Aufgaben zu finanzieren. Ausgaben etwa für Personal, Angebote in den Bereich Soziales, Sport, Kultur, Freizeit und für die Wohnkosten für Hartz-IV-Bezieher stehen heute faktisch alternativ zueinander. Die kommunale Finanzmisere birgt die Gefahr, dass gesetzlich verbrieft Ansprüche auf Sozialleistungen unterlaufen werden. So haben zwar Hartz-IV-Bezieher einen Rechtsanspruch auf Erstattung ihrer angemessenen Wohn- und Heizkosten. Da die Kommunen jedoch bestrebt sind, die Kosten dafür zu begrenzen, werden die Angemessenheitsgrenzen tendenziell zu niedrig angesetzt und vielerorts nur Leistungen gewährt, die die tatsächlichen Kosten fürs Wohnen nicht vollständig decken.

Eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen ist somit auch deshalb dringend nötig, um Sparzwänge abzumildern, die derzeit auf Sozialleistungsbezieher abgewälzt werden.

***Die Kommunen brauchen mehr Geld. Dafür ist auch eine geänderte Aufteilung der Wohnkosten bei Hartz IV erforderlich.***

Der Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefiskussteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Weiterentwicklung der Erbschaftsteuer sind wichtige Instrumente, um die Einnahmen der (Bundesländer und der) Kommunen zu verbessern. Zusätzlich fordern wir, die Kostenverteilung der Aufwendungen für die Wohn- und Heizkosten von Hartz-IV-Beziehern zu Gunsten der Kommunen und zu Lasten des Bundeshaushaltes zu verändern. Diese Unterkunftskosten belasten die kommunalen Haushalte mit rund 10 Mrd. Euro. Sie machen etwa ein Viertel aller kommunalen Aufwendungen für Sozialleistungen aus.

Der Kostenanteil des Bundes ist in den letzten Jahren von rund 29 auf 23 Prozent gesunken, der Kostenanteil der Kommunen spiegelbildlich von 71 auf 77 Prozent gestiegen. Bisher bemisst sich der Anteil des Bundes ausschließlich anhand der Anzahl der Haushalte im Hartz IV-Bezug (so genannte Bedarfsgemeinschaften). Zukünftig sollten auch andere Kostenfaktoren wie Mietsteigerungen und insbesondere der Anstieg der Energie- und Heizkosten in die Berechnung einfließen.

Über eine sachgerechtere Berücksichtigung der realen Entwicklung bei den Unterkunftskosten hinaus, plädieren wir dafür, den Kostenanteil des Bundes zusätzlich zu erhöhen: Kommunale Sport-, Freizeit-, Kulturangebote sowie Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollen für Hartz-IV-Bezieher und für andere einkommensschwache Gruppen kostenlos zugänglich sein – so unsere Forderung. Die dadurch ausfallenden Gebühren und Einnahmen sollten aus dem Bundeshaushalt – über eine weitergehende Veränderung der Kostenverteilung bei den Unterkunftskosten – kompensiert werden.

***Das Thema „Kommunen in Not“ bietet die Möglichkeit, Allianzen zu schmieden und hat das Potenzial, gesellschaftlichen Druck für reale Verbesserungen zu erzeugen.***

Die gewerkschaftlichen Erwerbsloseninitiativen begrüßen es sehr, dass ver.di dem Thema „Kommunen in Not“ innerhalb der Kampagne „Gerecht geht anders“ einen hohen Stellenwert beimisst. Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge haben, wie dargestellt wurde, große Bedeutung für die Teilhabemöglichkeiten von einkommensschwachen Haushalten und Erwerbslosen. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Wir halten das Thema Kommunen in Not für ein geeignetes Vehikel, um für eine gerechtere Steuerpolitik insgesamt und eine Umverteilung des privaten Reichtums zu Gunsten der öffentlichen Haushalte zu werben. Die gegenwärtigen Folgen der Finanzmisere der Kommunen müssen nicht theoretisch erklärt werden; sie sind in Form von Schlaglöchern, maroden Schulgebäuden und geschlossenen Jugendzentren oder Schwimmbädern unmittelbar erlebbar. Und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Verbände und Vereine eint das gemeinsame Interesse an einer lebenswerten und sozialen Kommune. Dies sind gute Voraussetzungen, um Menschen in Bewegung zu bringen, aus der Zivilgesellschaft heraus Druck auf die Politik auszuüben und reale Verbesserungen durchzusetzen.

*Martin Künkler ist Mitarbeiter der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen*